

Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **187 (2021)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GRIECHENLAND

Neue Schiffe

Ob der französische Präsident Macron politischen Profit daraus schlagen kann, sei dahingestellt. Aber nach seinem persönlichen «AUKUS»-Debakel tut ihm der Deal mit den Griechen gut. Ende September unterzeichnete er nämlich mit dem griechischen Premier Mitsotakis ein neues Verteidigungsabkommen, das im Kern den Kauf von sechs bis acht Kriegsschiffen französischer Provenienz zum Ziel hat und dabei eine strategische Verteidigungspartnerschaft zwischen dem Golf du Lion und der Ägäis beinhaltet. Mitsotakis kommentierte den Festakt zukunftsicher: «Wir haben eine gemeinsame

Vision von einer autonomen Reaktionsfähigkeit auf die Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht.»

Deshalb sollen ab 2024 je drei Belharra-Fregatten und Gowind-Korvetten mit je einer Option auf ein weiteres Modell geliefert werden. Kostenpunkt: Fünf Milliarden Euro, die sich die französische Naval Group verbuchen wird. Mitstreiter Lockheed Martin ging leer aus. Griechenland und Frankreich verbindet spätestens seit letztem Jahr, als die Türkei den Konflikt zu seinem Nachbarn zu eskalieren drohte, ein gemeinsamer Verteidigungsgedanke. Damals schickte Paris genügend Schiffe, um Athens alternde Flotte von elf Schiffen zu unterstützen. Ebenfalls kauften damals die Griechen 18 Rafale-Jets der vierten Generation und erhöh-



Derzeit noch 3-D-Computergraphik: «Frégate de défense et d'intervention» der griechischen Marine. Bild: Naval Group

ten unterdessen auf 24 Stück. Und auch wenn die Türkei in den letzten Jahren massiv mehr in ihre Streitkräfte investierte als Griechenland, schlägt der griechische Ministerpräsident versöhnliche Töne an. Es gehe ihm nicht um ein Wettüben unter Nachbarn. Ganz im Gegenteil, er möchte anstatt «die Schlachten um Kohlenwasserstoffe der Ver-

gangenheit zu schlagen, zusammen die Kräfte bündeln und gemeinsam gegen neue Feinde wirken – die Klimakrise und die Bedrohung durch illegale Migration», so Mitsotakis anlässlich der letzten UNO-Generalversammlung.

WESTAFRIKA

Wie weiter?

Im Tschad, zweimal in Mali und zuletzt auch in Guinea wurde geputscht. Es scheint, dass die Region, die seit den späten 90er-Jahren mehrheitlich ihre politische Ruhe gefunden hatte, derzeit zurück zu ihrer Vergangenheit findet. Nur, die Vorzeichen stehen heutzutage gänzlich anders. Gemeinsam ist allen Staatsstreichen, dass sie von meist in Europa ausgebildeten Militärs inszeniert wurden. Nicht ohne die Hilfe von ihren, durch den Westen trainierten, loyalen Soldaten, die meisten davon Spezialkräfte. Prominentester Trainingsplatz: die von US AFRICOM jährlich organisierte Übung Flintlock. Zuletzt trafen sich dazu die afrikanischen Länder Algerien, Benin, Burkina Faso, Kamerun, Kap Verde, Tschad, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Mauretanien, Marokko, Niger, Nigeria, Senegal und Tunesien mit ihren westlichen

Partnern aus Österreich, Belgien, der Tschechischen Republik, Dänemark, Frankreich, Italien, Japan, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Portugal, Spanien, der Schweiz, dem Vereinigten Königreich und sowie den Gastgebern aus den Vereinigten Staaten. Wenn nun also, wie am Beispiel Mali, mehrere internationale Schutztruppen für die Sicherheit im Land sorgen, lokale Streitkräfte zum Kampf gegen den Terror befähigen und sich die UNO für mehr Rechtsstaatlichkeit und den Friedensprozess stark macht, trotzdem

geputscht wird, scheint einiges im Argen zu liegen. Dschihadistische Rebellen wurden in Bamako durch die neue Regierung befreit, dabei handelte es sich notabene um Terroristen die kurz davor von den westlichen Truppen dingfest gemacht wurden. Aber besonders seit im Vorfeld der letzten UNO-Generalversammlung in New York im September der russische Außenminister nonchalant und mit dem Hinweis «es handle sich dabei um rein wirtschaftliche Absprachen» erklärte, dass die private Sicherheitsfirma Wagner

von der Malischen Regierung um Unterstützung angefragt wurde, sollte der Westen alarmiert sein. Russlands staatliches Aluminiumkonglomerat Rusal fördert in Guinea mehr als 40 Prozent seiner Gesamtkapazität. Im Tschad enerviert sich die Junta über «russisches Einmischen» in eigene Angelegenheiten und erklärt öffentlich, dass sich russische Paramilitärs, die in Libyen und der Zentralafrikanischen Republik tätig sind, in den Grenzregionen mit den eigenen Sicherheitskräften Scharmützel lieferten. Immerhin haben unterdessen mehrere Länder erklärt, sich aus dem Sahel zurückziehen zu wollen, sollten russische Söldner in Mali tätig werden. Klar, es geht einerseits um Gesichtsverlust. Andererseits wird aber erwartet, dass operationelle Informationen, Taktik und Wissen über Material abfließen könnte. Im Falle von Estland, dass sich an französischer Seite mit Spezialkräften gegen malische Terrorzellen stellt ein absolutes No-Go. Auch Deutschland, Frankreich



Klare Botschaften in Bamako, Mali. Bild: euractiv

und Litauen stellen sich explizit dagegen und sogar der hohe Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell warnte davor, dass sich Mali auf dieses Wagnis einlässt. Ob sich wie früher die USA den Problemen annehmen, ist mittlerweile fraglich. Ein Gesetz, das militärische Unterstützung an Regimes, die sich mittels Putsches an die Macht hieften, verbietet, wurde im Frühsommer neu kommentiert. Es geht dabei nun auch konkret um Mali. Diese diplomatische Inflexibilität ver-

ringert den direkten Einfluss der Amerikaner und ruft somit zwangsläufig neue Akteure wie beispielsweise Russland auf den Plan. Da hilft der Ausschluss dieser Länder aus der Gemeinschaft ECOWAS wenig. Auch dürfte sich die UNO an weiteren Lösungen die Zähne ausbeissen. Dort, allem voran im Sicherheitsrat, dürfte nämlich ohne die Russen hinsichtlich Westafrika in Zukunft nichts mehr gehen.

ÖSTERREICH

Autarke Kasernen

Vier Jahre, 100 Kasernen, knapp 100 Millionen Euro: Damit will Verteidigungsministerin Klauudia Tanner ihre Infrastruktur aufpeppen. Offiziell heisst das, die Standorte des Bundesheers sollen autark werden. Ab 2025 sind Österreichs Kasernen also unabhängig von externen Einflüssen und nicht mehr auf zivile Leistungserbringer angewiesen. Energie, Verpflegung, Wärme- und Treibstoffversorgung müssen nämlich vollkommen selbständig aufbereitet werden können. Für Tanner ist klar: Die Umstellung wird nötig, weil das Risiko latent sei: «Die Frage ist nicht ob, sondern wann der Blackout kommt.» Damit dann auch die geforderten Leistungen erbracht werden können, wird «im Bereich der Pioniere» investiert und gepanzerte Fahrzeuge angeschafft. Schutzrüstung wird verbessert, die Cyber-Defense ausgebaut und die ABC-Abwehr gestärkt. Besonders aber auch die Miliz genießt grossen Stellenwert, etwa 30 Prozent der Grundwehrdiener verlängern ihren Dienst. Mit Österreichs Sorgenkind, dem Eurofighter, soll bis 2035 geflogen werden. Dessen Aufträge werden zu voller Zufriedenheit



Plan «B» steht für «Blackout».

Bild: Bundesheer

erfüllt. Etwa 60 Alarmstarts gibt es pro Jahr, so Tanner. Was für die Verteidigungsministerin aber viel wichtiger ist: die Nachbeschaffung ab 2028 der in die Jahre gekommenen C-130 Hercules Transportflugzeuge. Unterdessen ist auch der Vertrag für die Beschaffung von 18 Leonardo AW169M Helikoptern für 300 Millionen Euro besiegelt. Deren Auslieferung erfolgt ab 2022.

NORD- UND SÜDKOREA

Süd- und Nordkorea testen ballistische Raketen

Innerhalb weniger Stunden haben Nord- und Südkorea eigene ballistische Raketen getestet. Nur wenige Tage nach dem Test von Marschflugkörpern habe Nordkorea dann zwei Kurzstreckenraketen in Richtung offenes Meer abgefeuert, teilte der südkoreanische Generalstab mit. Später erklärte das Präsidialamt in Seoul, Südkorea habe erstmals eine eigenständig entwickelte ballistische Rakete von einem getauchten U-Boot aus gestartet.

Präsident Moon Jae In habe den erfolgreichen Versuch in einem Testzentrum im Westen des Landes verfolgt. Dass Südkorea den Test nur kurze Zeit später publik machte, galt auch als Signal der Stärke an den Nachbarn. Oft wird der Regierung, die eine Politik der Annäherung an Pjöngjang verfolgt, von Kritikern vorgeworfen, Nordkorea gegenüber zu weich zu sein. Moon betonte, die Erprobung der U-Boot-Rakete (SLBM, Submarine-Launched Ballistic Missile) sei vorher geplant gewesen. «Trotzdem kann unsere verbesserte Raketenleistung eine sichere Abschreckung von Nordkoreas Provokation sein», wurde Moon von einem Sprecher zitiert. Sein Büro machte deutlich, der Besitz einer SLBM sei mit Blick auf gleichzeitige Bedrohungen aus verschiedenen Richtungen von grosser Bedeutung.

Südkorea gilt als das erste Land, das SLBM entwickelt, ohne selber Atomwaffen zu haben. Nach eigenen Angaben ist es mit dem gelungenen Test das siebte Land mit einer potenziell einsetzbaren ballistischen Rakete, die von einem getauchten Trägerschiff gestartet werden kann.

Auch Nordkorea brüstet sich damit, über die SLBM-Technologie zu verfügen. Doch wurden seine Angaben über Versuchsstarts vom U-Boot aus bisher angezweifelt. Es wird vermutet, dass Nordkorea dazu eine Unterwasserplattform genutzt haben könnte. Raketen, die von einem U-Boot abgefeuert werden, sind schwerer vom Gegner zu entdecken als solche, die von mobilen Abschussrampen oder festen Silos an Land gestartet werden.

UN-Resolutionen verbieten Nordkorea jegliche Tests ballistischer Raketen, die je nach Bauart auch Atomsprengköpfe befördern können. Wegen seines Atomwaffenprogramms ist das weithin isolierte Land harten internationalen Sanktionen unterworfen. Die USA verurteilten die erneuten Raketentests Nordkoreas. «Wir rufen Nordkorea auf, einen sinnvollen und substanziellen Dialog mit uns zu führen», sagte der Sprecher des Aussenministeriums, Ned Price. Diplomatie sei das Mittel der Wahl, um die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel zu erreichen.

Nach Angaben des südkoreanischen Militärs flogen die nordkoreanischen Raketen nach dem Start im Inland 800 Kilometer weit in Richtung Japanisches Meer (koreanisch: Ostmeer). Japans Regierung verurteilte den Test. Dieser bedrohe «den Frieden und die Sicherheit Japans sowie der Region».

Wie schon einige Monate zuvor erfolgten auch die jüngsten Waffentests Nordkoreas nach einer gemeinsamen Militärübung der Streitkräfte der USA und Südkoreas. Die Kommandoübung, die Pjöngjang scharf kritisiert hatte, wurde nach neun Tagen am 26. August beendet. Im März hatte Nordkorea ebenfalls Marschflugkörper nach einer solchen Kommandoübung in Südkorea erprobt. Wenige Tage später folgte dann ebenfalls ein Test mit ballistischen Kurzstreckenraketen.

NORD- UND SÜDKOREA

Kommunikation wieder herstellen

Nordkorea und Südkorea haben die Kommunikationsleitungen für Notfälle zwischen den beiden Staaten wiederhergestellt. Südkorea bestätigte am Morgen des 4. Oktobers, dass die zweimal täglich stattfindende regelmäßige Kommunikation über militärische und andere vom Verei-

nigungsministerium betriebene Hotlines wieder aufgenommen wurden. Die staatliche nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA hatte zuvor angekündigt, dass die Leitungen wiederhergestellt würden.

Die Hotlines sind ein wichtiges Instrument zur Vermeidung von Missverständnissen im Konflikt zwischen den beiden Ländern. Das Verteidigungsministerium in Seoul erklärte, die Hotlines hätten dazu beigetragen, unerwartete Zusammenstöße zu verhindern und

ihre Wiedereröffnung würde hoffentlich zu einer wesentlichen Entspannung der militärischen Lage führen.

Ein Sprecher des US-Aussenministeriums sagte dazu, man unterstütze die innerkoreanische Zusammenarbeit. Die Hotlines trügen zu einem stabilen Umfeld auf der koreanischen Halbinsel bei.

Der Konflikt zwischen Nordkorea und Südkorea in den 1950er-Jahren wurde lediglich mit einem Waffenstillstandsabkommen beendet. Einen Frie-

densvertrag gibt es nicht. Formell gesehen befinden sich die beiden Nachbarn somit weiterhin im Kriegszustand. Bemühungen, dies zu ändern, treten seit Jahrzehnten auf der Stelle. Das liegt auch daran, dass die USA, die im Korea-Krieg an der Seite Südkoreas kämpften und bis heute der wichtigste militärische Verbündete des Landes sind, erst von Nordkorea die Zusage haben wollen, dass das abgeschottete Land auf seine Atomwaffen verzichtet.

ISRAEL

Hisbollah: Mögliche Entwicklung

Hassan Nasrallah, seines Zeichens Hisbollah Generalsekretär, markiert Stärke: «Es ist nicht der Krieg, den wir suchen. Wir sind aber darauf vorbereitet. Und fürchten werden wir ihn nicht.» So war es ein heisser Sommer. Der letzte Krieg der libanesisch-schiitischen Partei Gottes mit ihrem Erzfeind Israel liegt 15 Jahre zurück. Seit her blieben die Raketen mehrheitlich am Boden. Zuletzt aber sah das Grenzgebiet entlang der von der UNO im Jahr 2000 demarkierten Blue-Line im August erhöhte Spannungen zwischen den Rivalen. Ein Krieg, so schien es, könnte jederzeit ausbrechen. Seit 2015 war es ja eigentlich ruhig. Als dann, während der Gaza-Kampagne im Mai die ersten Raketen aus dem Libanon abgefeuert wurden, waren dies zuerst noch radikalislamische Palästinenser. Einen Monat später bekannte sich dann die Hisbollah dazu, eine Salve in den Süden geschickt zu haben. Ebenso Ende Juli und später dann noch im August. Die meisten Raketen wurden vom Iron Dome System abgefangen, dennoch hinterliessen die Angriffe einen schalen Bei-

geschmack, zielten diese doch genau zur Hauptferienzeit auf die Erholungsgebiete in Nordgaliläa, den Golanhöhen und entlang dem Jordanfluss. Die routinemässigen Vergeltungsschläge der israelischen Armee schreckten derweil niemanden mehr auf, auch wenn es unterdessen mehr als 100 Artilleriegranaten in wenigen Monaten waren. Im Gegenteil: Der von einer grossen Wirtschaftskrise, Treibstoffmangel und der fatalen Explosion in Beirut gezeichnete Libanon sieht tatenlos zu. Die im Grenzgebiet stationierte UNO-Truppe ebenfalls. Deshalb zielt die IDF nun entgegen ihrer Usanz auch auf zivile Infrastruktur, zuletzt traf es eine für die Hisbollah essenzielle Verbindungsstrasse. Nasrallah war erzürnt und der Sprecher der IDF beschwichtigte, indem er verkündete, dass die Vergeltungs-

schläge allein der Abschreckung und dem Wiederherstellen des Gleichgewichts dienten. Denn niemand ist derzeit wirklich auf einen Krieg aus. Und während der Libanon darbt, feiert die Hisbollah die iranischen Treibstofflieferungen, die via Syrien Mitte September eintrafen. Damit versucht Nasrallah seine Macht zu konsolidieren, nachdem im Spätsommer zunehmend kritische Stimmen gegen seine Partei laut wurden. Nebeneffekt: Die Hisbollah kann davon auch gut von ihren ca. 150 000 Raketen ablenken, die teilweise mit einer Reichweite von 700 Kilometern in Richtung Süden zielen. Im Ernstfall dürften etwa 3000 Raketen täglich abgefeuert werden. Im Vergleich dazu: Während elf Tagen Gaza-Krieg im Mai wurden total «nur» 4400 Raketen abgefeuert.



Treibstofflieferung erhalten: Grund zum «Feuern». Bild: Bilal Hussein

INDOPAZIFIK

Neuer Sicherheitspakt als Signal an China

Die USA, Grossbritannien und Australien haben einen neuen Sicherheitspakt für den strategisch wichtigen Indopazifikraum geschmiedet. US-Präsident Joe Biden, der britische Premierminister Boris Johnson und sein australischer Kollege Scott Morrison stellten den «historischen Schritt» in einer virtuellen Ankündigung vor, zu der sie aus ihren jeweiligen Hauptstädten zugeschaltet waren.

In China, dessen zunehmender Einfluss in der Region wohl zentraler Grund des Paktes ist, löste die geplante Zusammenarbeit bei nuklearbetriebenen U-Booten Empörung aus. «Die betreffenden Länder sollten die Nullsummenmentalität des Kalten Krieges aufgeben», sagte ein Sprecher des Aussenministeriums in Peking. Andernfalls schaden sie am Ende nur ihren eigenen Interessen.

Zudem verwies der Sprecher darauf, dass Australien ein Staat ohne Atomwaffen sei, der jetzt plötzlich nuklear angetriebene U-Boot-Technologie mit strategischem militärischem Wert importieren könne. Das könne andere Staaten der internationa-

len Gemeinschaft dazu bewegen, ihr Engagement für die Nichtverbreitung von Atomwaffen infrage zu stellen. China selbst gehört seit Langem zu den Atommächten.

Gemäss US-Präsident Biden geht es darum, Frieden und Stabilität in der Region langfristig zu sichern. Er warnte vor «sich rasch entwickelnden Bedrohungen». Die US-Regierung und auch Australien betrachten Chinas zunehmenden Machtanspruch im Indopazifik-Raum mit Sorge. Namentlich erwähnten Biden, Morrison und Johnson China allerdings nicht.

Im Rahmen der Vereinbarung stellen die USA Australien die Technologie zur Verfügung, mit der das Land in die Lage versetzt wird, nuklear betrieb-



Australiens Premierminister Morrison in der Zuschaltung mit dem britischen Premierminister Johnson und dem US-Präsidenten Biden. Bild: RA Navy

ne U-Boote zu bauen. Gemeinsam mit Grossbritannien solle in den kommenden 18 Monaten ein optimaler Weg gefunden werden, damit Australien solche modernen U-Boote erhalten werde, hiess es in einer gemeinsamen Mitteilung von Biden, Morrison und Johnson.

Die USA und Grossbritannien würden dabei ihr Fachwissen mit Australien teilen.

Die U-Boot-Initiative ist Teil einer neuen, in Anlehnung an die englischen Abkürzungen der beteiligten Staaten AUKUS getauften neuen Sicherheitspartnerschaft. US-Angaben zufolge

sehe sie auch eine Zusammenarbeit im Bereich der künstlichen Intelligenz, der Quantentechnologie und bei Cyber-Themen vor.

Australien hatte bereits 2016 einen milliardenschweren Vertrag mit Frankreich zum Bau zwölf neuer U-Boote unterschrieben. Das französische Angebot, wonach die U-Boote ab 2030 ausgeliefert werden sollen, setzte sich damals gegen eines des deutschen Konkurrenten ThyssenKrupp durch. Der Deal muss jetzt der neuen Initiative weichen.

TAIWAN

Stellvertreterkrieg oder Spielball

Der Konflikt zwischen Taiwan und China, das den Inselstaat als Teil seines Staatsgebietes betrachtet, weitet sich aus. Während China in jüngster Zeit mit immer mehr Kampffjets den Luftraum Taiwans verletzte, trainieren laut Medienberichten seit geraumer Zeit US-Spezialkräfte taiwanische Soldaten. Taiwan wird durch die jüngsten Entwicklungen zunehmend zum Spielball beziehungsweise Unterpfand der beiden Grossmächte in einem weitaus grösseren Konflikt.

Laut «Wall Street Journal» (WSJ) bilden US-Spezialkräfte heimlich Truppen in Taiwan aus. Wie die Zeitung unter Berufung auf ungenannte US-Regierungsbeamte berichtete, sollen rund zwei Dutzend US-Ausbildner «seit mehr als einem Jahr» taiwanische Armee- und Marineangehörige trainieren. Der Bericht könnte die militärischen

Spannungen zwischen China einerseits und Taiwan und den USA andererseits weiter anheizen.

Taiwans Verteidigungsministerium wollte den Bericht nicht kommentieren. Das US-Verteidigungsministerium stritt die Informationen nicht ab, wollte sie aber auch nicht bestätigen. Ministeriumssprecher John Supple sagte: «Unsere Unterstützung und unsere Verteidigungsbeziehungen mit Taiwan bleiben auf die aktuelle Bedrohung durch die Volksrepublik China ausgerichtet.»

China verstärkte derweil die Flüge in Taiwans Identifikationszone zur Luftabwehr (ADIZ). Nach zehn Flügen dieser Art im Jahr 2019 stieg die Zahl im vergangenen Jahr auf 380. Seit Anfang dieses Jahres waren es bereits 600 – mit einer starken Zunahme seit dem chinesischen Nationalfeiertag. Allein innerhalb von vier Tagen sollen laut taiwanischen Angaben rund 150 chinesische Militärflugzeuge in Taiwans ADIZ eingedrungen sein. Unter den Militärflugzeugen waren laut taiwanischen Angaben Kampffjets, Bomber,

Transportmaschinen und Frühwarnflugzeuge.

Bei einer Feier in der Grossen Halle des Volkes zum 110. Jahrestag der Revolution rief Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping am Samstag zu einer «Wiedervereinigung» auf. Eine Vereinigung mit «friedlichen Mitteln» diene am besten den Interessen der gesamten chinesischen Nation. «Die Landsleute auf beiden Seiten der Taiwanstrasse sollten auf der richtigen Seite der Geschichte stehen und sich zusammenschliessen, um die völlige Wiedervereinigung und Erneuerung der chinesischen Nation zu erreichen», zitierte ihn die Nachrichtenagentur Xinhua. Mit Blick auf den Unabhängigkeitswillen des heute demokratischen Taiwans sagte Xi: «Jene, die ihr Erbe vergessen, ihr Vaterland verraten und versuchen, das Land zu spalten, werden ein böses Ende nehmen.»

Die militärischen Spannungen zwischen Peking und der taiwanischen Hauptstadt Taipeh hatten in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Peking sieht Taiwan, das sich 1949 von China abgespalten hatte, als

abtrünnige Provinz, die wieder mit dem Festland vereinigt werden soll – notfalls mit militärischer Gewalt. China isoliert Taiwan auch politisch.

Die USA sind der wichtigste Verbündete Taiwans und haben ihre Waffenlieferungen in den vergangenen Jahren verstärkt. US-Kriegsschiffe durchqueren im Zuge militärischer Übungen immer wieder die Strasse von Taiwan, was zu Verärgerung in China führt. Die USA unterhalten aber, wie viele andere Staaten mit Rücksicht auf die Volksrepublik, keine formalen diplomatischen Beziehungen zu Taiwan.

Peking reagierte auch mit Kritik auf ein Atom-U-Boot-Geschäft zwischen den USA, Grossbritannien und Australien, das eine Reaktion auf Chinas Ambitionen im Indopazifik ist. Für Streit sorgt auch Chinas Umgang mit der muslimischen Minderheit der Uiguren und mit der Sonderverwaltungszone Hongkong.